

# Für alle Welt sozial, nur nicht national?



Foto: Dr. Bernd Gross / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0 (Ausschnitt)

**»Wir können als Land keine privaten Schäden abdecken, denn man kann nicht jeden mit Steuermitteln begünstigen, der keine Versicherung abgeschlossen hat.«**

*Hannelore Kraft, stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende*

## Das offene Wort

### Droht uns die INZUCHT?

Daß die Massenzuwanderung aus aller Herren Länder Afrikas und Vorderasiens für uns große Vorteile hat und ein Glücksfall für unsere Zukunft ist, wissen wir ja.

Wir brauchen die meist jungen Männer um die 30 mit Nike-Sportschuhen, iPhone und Computerkenntnissen dringend für unseren Arbeitsmarkt und außerdem sichern sie unsere Renten.

Die nicht arbeitsfähigen Kinder, Alten, Frauen und Kranken brauchen wir auch, denn sie schaffen neue Arbeitsplätze für Kindererzieherinnen, Psycho-Trauma-Experten, Lehrer, Kranken- und Altenpfleger.

Und selbst die (natürlich nur einzelnen) Kriminellen schaffen neue Stellen – bei der Polizei und der Justiz.

Daß wir die Zuwanderer noch für viel wichtigere Zwecke brauchen, enthüllte jetzt *Wolfgang Schäuble*, der im Pokerspiel der Parteien als Kandidat genannt wird, nächster Bundespräsident zu werden:

**»Die Abschottung ist doch das, was uns kaputtmachen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe.«**

Nach dieser Erkenntnis des Herrn *Schäuble* wäre es doch angebracht, demnächst Ehen von Deutschen mit Deutschen zu verbieten! Der Deutschenhasser *Ernest Hooton* (vgl. UN 9/2015) war schon 1943 dafür. Er forderte für den Fall des Sieges die massenhafte Einwanderung junger Männer, um den deutschen Volkscharakter zu ändern, erinnert sich

Ihre Sabine Möller

# Die Flutopfer sind selber schuld!



Foto: Wiesbaden112.de / flickr / CC BY-NC-ND 2.0

Sturzbach in Sauerthal (Rhein-Lahn-Kreis) (Foto), Überflutungen in Niederbayern, Verwüstungen in Baden-Württemberg und Franken, Überschwemmungen am Niederrhein ...

Haben Sie, liebe Leser, im Fernsehen etwas von Spendenaufrufen gesehen? Im Gegenteil:

### Keine Hilfe vom Land für Unwetter-Betroffene!

*Hannelore Kraft*, die NRW-Ministerpräsidentin des bevölkerungsreichsten Landes der BRD, mehrfach vorgeschlagen als Kanzlerkandidatin der SPD, zeigte am 7.6.2016 ihr Herz für das Soziale und für die Not der vom Unwetter betroffenen Landsleute:

**»Wir können als Land keine privaten Schäden abdecken, denn man kann nicht jeden mit Steuermitteln begünstigen, der keine Versicherung abgeschlossen hat.«**

Na bitte! Selbst schuld! Das Geld wird schließlich für andere »soziale Projekte« gebraucht, für die Flüchtlinge, die Aufstockung der Polizei wegen der ausufernden Kriminalität, für mehr Lehrer, Kin-

dergärtnerinnen, psychiatrische Betreuung der »Traumatisierten« usw. usw.

Im christlichen Abendland, das so gerne beschworen wird, mußte es eigentlich heißen: »Liebe Deinen Nächsten!« Nicht nur die SPD sieht das offenbar anders: »Liebet die Fernsten!«

Anders ist es nicht zu erklären, daß wir mit Aufrufen und Spendenkonten überhäuft werden, wenn in Haiti, in Thailand, Nepal oder sonstwo in der Welt etwas passiert – für Deutsche aber ruft keine der großen Hilfsorganisationen zu Spenden auf!

### Öffentliche Empörung sorgt für Umdenken

Die öffentliche Empörung über die kaltherzige Absage von Frau *Kraft* führte dazu, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen einige Tage später zurückruderte: wenigstens den Opfern die sich nicht versichern konnten (z.B. weil die Versicherer das ablehnten), soll doch geholfen werden: je Haushalt zwischen 1.000 und 2.500 Euro, wenn der Schaden höher als 5.000 Euro sei.

# Den Fremden wird geholfen – den eigenen Landsleuten in Not nicht oder nur mit Almosen

Seit Monaten versuchen uns die Politiker und Medien einzupumpfen, wie konjunkturfördernd sich der Migranten-Zustrom auf die deutsche Wirtschaft auswirkt.

## Alles Schwindel!

Mit bis zu 35 Milliarden Euro pro Jahr werden größtenteils unproduktive Jobs wie Psychiater, Sozialarbeiter, Wachleute, Juristen, Verwaltungsangestellte oder Immobilienhaie finanziert. Die geringsten Beträge fließen in infrastrukturelle und nachhaltige Maßnahmen.

Die Doppelzüngigkeit unserer Politiker wird spätestens nach den Unwettern der letzten Wochen deutlich.

Bei einem geschätzten Versicherungsschaden von 1,2 Milliarden Euro und einer Gesamtschadenssumme, die noch erheblich darüber liegt, müßte der Staat, da wo die Not am größten ist, auch mit Steuergeldern einspringen.

## Geld ist da – aber nicht für Deutsche!

Im Nationalen Hochwasserfonds, der nach den Überschwemmungen an Elbe und Donau im Jahr 2013 mit dem Aufbauhilfegesetz geschaffen wurde, sind noch etwa 4 Milliarden Euro vorhanden!

### ZUM NACHDENKEN:

**»Viele Politiker wie ich selbst früher haben den Bezug zu den Sorgen der Menschen verloren. Wir sind zu sehr unter uns.«**

Ole von Beust, ehem. Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

### Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfe“ und zur Änderung weiterer Gesetze (Aufbauhilfegesetz)

Vom 15. Juli 2013

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

#### Artikel 1

Gesetz  
zur Errichtung eines  
Sondervermögens „Aufbauhilfe“  
(Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetz – AufbhG)

#### § 1

##### Errichtung des Fonds

Es wird ein nationaler Fonds „Aufbauhilfe“ als Sondervermögen des Bundes errichtet.

#### § 2

Zweck und Mittel-  
verwendung; Verordnungsermächtigung

klagt werden. Der allgemeine Gerichtsstand des Fonds ist der Sitz der Bundesregierung. Das Bundesministerium der Finanzen verwaltet den Fonds. Es kann sich hierzu einer anderen Behörde oder eines Dritten bedienen.

(2) Der Fonds ist von dem Vermögen des Bundes, seinen Rechten und Verbindlichkeiten getrennt zu halten. Für die Zahlungsverpflichtungen, die sich aus der Finanzierung des Fonds ergeben, haftet der Bund.

#### § 4

##### Finanzierung des Fonds

(1) Der Bund stellt dem Fonds Mittel in Höhe von 8 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Liquidität des Fonds wird durch den Bund sichergestellt.

(2) Die Länder beteiligen sich an der Finanzierung nach Maßgabe des Absatzes 3.

(3) Die finanzielle Beteiligung der Länder an dem

Finanzminister *Wolfgang Schäuble* redet sich damit heraus, daß die Schäden Ländersache seien, und nicht der Bund dafür aufkommen müsse. Es seien zu wenige Bundesländer betroffen, als daß sich der Bund verantwortlich fühle.

Jetzt, wo man die Wirtschaft wirklich ankurbeln könnte, nachdem tausende Häuser durch die verheerenden Unwetter der letzten Wochen beschädigt oder komplett zerstört worden sind, gibt es kaum Nothilfe wie für alle Fremden!

**Familien, die keine Elementarschaden-Versicherung abgeschlossen haben, stehen vor ihrer Existenzvernichtung.**

Es läßt sich trefflich darüber streiten, warum diese Menschen nicht bereit oder in der Lage waren, die zum Teil horrenden Prämien für solche Elementarversicherungen zu zahlen. Eine Erklärung ist, daß viele Versicherungen gar nicht bereit sind, Risiken in Bach- oder Flußnähe zu übernehmen.

Für die Zukunft sollte der Staat die Elementarschadenversicherung für alle Hauseigentümer zur Pflicht machen. Damit wäre sichergestellt, daß sich durch die hohe Anzahl von Beitragszahlern die Einzelprämien reduzieren. Fakt ist aber, daß jetzt vielen Familien bitterste Armut droht.

Dabei wäre es jetzt gut investiertes Geld: Häuser, Straßen, Deich-Befestigungen und zu Schaden gekommene Produktionsmittel könnten instandgesetzt oder neu errichtet werden. Dies wäre ein wirkliches Konjunkturprogramm, und außerdem ein an sich selbstverständlicher Akt der Solidarität! Leider nicht so bei unseren Politikern.

Als in Not geratener Deutscher hat man in diesem Land eben schlechte Karten. Weder die Medien, noch irgendwelche Interessenverbände, noch die so genannten »Nicht – Regierungsorganisationen« (NGOs) setzen sich für diese Menschen ein. Auch von Spendenaufrufen in allen Fernsehkanälen hat man nichts gesehen – es sind ja nur Deutsche betroffen.

Erst wenn die Meinungsforscher vorhersagen, daß bei den nächsten Wahlen ein schlechtes Abschneiden zu befürchten sei, entdecken die Parteien ihr Herz für die Armen in diesem Land.

**Denken Sie daran, wenn Sie im kommenden Bundestagswahlkampf mit den üblichen Wahlkampflügen überschüttet werden!**

Damit das Volk nicht auf die Barrikaden geht, werden plötzlich nicht nur für Flüchtlinge, sondern

auch für sozial Schwache Wohnungen gebaut.

### **Das könnte man alles auch ohne die Flüchtlingskrise haben!**

Damit würde einem Teil unseres Volkes geholfen, und gleichzeitig die Wirtschaft, diesmal aber nachhaltig, angekurbelt.

Der Vollständigkeit halber muß an dieser Stelle der Einsatz der freiwilligen Helfer gewürdigt werden. Diejenigen, die in den Unwettergebieten verschont geblieben waren, halfen zu Tausenden ihren Nachbarn.

### **Lug und Trug der Meinungsmacher**

Wie wichtig und symbolträchtig solche Bilder von helfenden Menschen sind, wurde in Schwäbisch Gmünd deutlich.

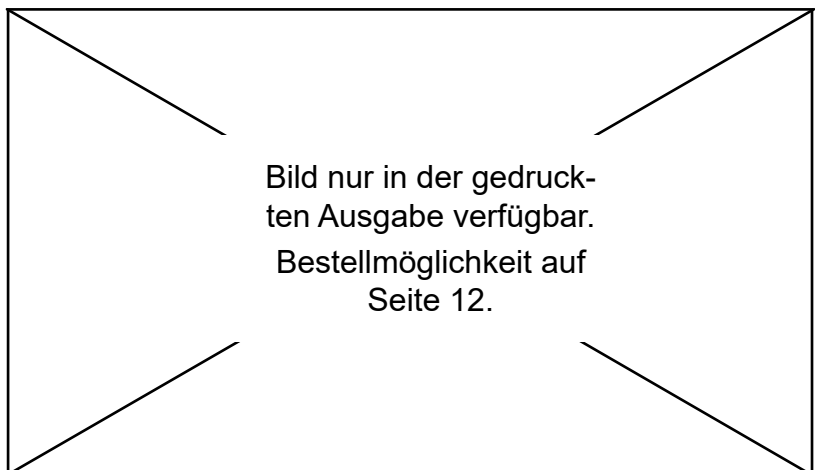
Nachdem Schüler und andere freiwillige Helfer ein Wohngebiet vom größten Chaos befreit hatten, wollte ein österreichisches Fernsighteam zeigen, wie Flüchtlinge Deutschen helfen. Aus diesem Grund zitierte die Stadtverwaltung fünf ahnungslose Asylbewerber als Katastrophenhelfer heran.

Diese sollten als Statisten vor den Kameras zeigen, wie hilfreich, notwendig und dankenswert der Zuzug kulturfremder Menschen nach Deutschland ist.

(Wie wir wissen, verfestigt sich solche Legendenbildung sehr schnell, Beispiel: »Die Türken haben nach dem Krieg Deutschland wieder aufgebaut.«)

Bei den Einwohnern von Schwäbisch Gmünd kam dieser Fälschungsversuch aber überhaupt nicht gut an. Die nachgestellte Hilfsaktion sorgte zu recht für Wut und Zorn. Engagierte Anwohner versuchten das dreiste Kamerateam zu vertreiben.

**Wie man sieht, haben sich die Menschen in unserem Land doch noch einen Rest von gesundem Menschenverstand bewahrt.**



## **Was soll's? Die wählen uns ja trotzdem!**

**»Die Bundesregierung kümmert sich um alle gleichermaßen und hat seit Beginn dieser Legislaturperiode für beinahe jede Gruppe in der Bevölkerung Verbesserungen ermöglicht.«**

Mit diesen Worten antwortete Kanzlerin *Merkel* in einem Interview – veröffentlicht am 6.3.2016 – auf die Forderung nach einem Sozialpaket für Einheimische, um »nicht nur für Flüchtlinge« etwas zu tun. Die Realität sieht anders aus:

### **Armut steigt weiter!**

In Deutschland leben bereits über 2,5 Millionen Kinder in Einkommensarmut. Dies entspricht etwa 19,4 Prozent aller Personen unter 18 Jahren in Deutschland. Die Zahl der Kinder, die in Armut aufwachsen, wird nach einer Prognose des Kinderschutzbundes im Jahr 2030 bei mindestens vier Millionen liegen. Des weiteren leben heute in Deutschland rund 16 Prozent der Bevölkerung, das sind 13 Millionen Menschen, an der Grenze zur Armut.

### **Überschuldung**

Zum zweiten Mal in Folge ist in Deutschland auch 2015 die Überschuldung von Privatpersonen angestiegen. Zum 1.10.2015

wurde für Deutschland eine Schuldnerquote von 9,92 Prozent gemessen. Damit sind weiterhin 6,7 Millionen Menschen in Deutschland über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Besonders dramatisch ist die Lage in einigen Kommunen. Laut *Creditreform* lag der prozentuale Anteil überschuldeter Verbraucher wie folgt:

Bremerhaven	20,82 %
Pirmasens	18,43 %
Offenbach (Main)	18,01 %
Wuppertal	17,97 %
Halle (Saale)	17,13 %

### **2018 werden eine halbe Millionen Menschen in Deutschland ohne Wohnung sein**

Die »BAG Wohnungslosenhilfe e.V.« ermittelte einen dramatischen Anstieg der Wohnungslosigkeit in Deutschland: Im Jahr 2014 waren ca. 335.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung – seit 2012 ein Anstieg von etwa 18 Prozent. Die BAG prognostizierte von 2015 bis 2018 sogar eine weitere Steigerung um 200.000 auf dann 536.000 wohnungslose Menschen. Das wäre eine gewaltige Steigerung um rund 60 Prozent.



Foto: Metropalco.org / flickr / CC BY-SA 2.0

# Überschuldung, Altersarmut und Pflegenotstand

## Altersarmut

Jeden zweiten Deutschen soll der Renteneintritt in die Armutsfalle führen. Somit müssen Millionen Menschen mit Renten auf Harz-IV-Niveau rechnen.

## Pflegenotstand

In Deutschlands Krankenhäusern herrscht immer noch Pflegenotstand: Immer weniger Krankenpfleger müssen immer mehr Patienten in immer kürzerer Zeit versorgen. Insgesamt fehlen in Deutschland neben Ärzten und technischem Personal ca. 100.000 Pflegekräfte.

## Hartz IV trotz Mindestlohn

Trotz Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland stieg die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker in sozialversicherungspflichtigen Jobs.

Wie die Bundesagentur für Arbeit mitteilte, erhielten im September 2015 592.215 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ergänzende Leistungen vom Staat.

## Notstand

### an Schulen in NRW

Die Situation in vielen Schulen NRWs ist teilweise katastrophal. Dazu hat der WDR eine Umfrage durchgeführt. Darin heißt es u.a., daß 85 Prozent der Schulen in NRW unter einem erheblichen Sanierungsbedarf leiden. Toiletten, Sporthallen, Dächer und Schulhöfe sind oft marode, Fenster seien undicht und zur Sicherheit der Schüler gäbe es gesperrte Räume.

## Menschen ohne Krankenversicherung

Menschen ohne Krankenversicherung in Deutschland darf es eigentlich nicht geben, denn seit der Gesundheitsreform 2007 gibt es die Krankenversicherungspflicht. Trotzdem sind offenbar immer noch an die 80.000 Menschen ohne Versicherungsschutz - diese Zahl nannte die Bundesregierung im letzten Jahr. Die Dunkelziffer dürfte jedoch deutlich höher liegen, denn Obdach-

lose tauchen in der Statistik gar nicht auf.

## Menschen ohne Strom

Mehr als 352.000 Stromsperrern in Deutschland im Jahr 2014. Diese Zahl wurde Ende 2015 bekannt und bestätigt eine weitere Steigerung, wie bereits in den Vorjahren.

Das heißt für 352.000 Haushalte ein Leben ohne Licht, warmes Wasser, ohne Elektroherd und Kühlschrank und evtl. auch ohne Heizung, wenn diese über Strom gezündet oder betrieben wird.

Überwiegend sind davon Grundversicherungsempfänger betroffen, was auf der Hand liegt, denn das Budget für Strom ist im Regelbedarf zu knapp bemessen.

Untersuchungen des Deutschen Caritasverbandes kamen zu dem Ergebnis, daß rund 20 Prozent Arbeitslosengeld-II-Empfänger zu wenig Geld für Strom bekommen. Und gerade diese Menschen können sich keine energiesparenden Geräte leisten.

**OH, WIE SIND WIR REICH!**

## Der Basar ist eröffnet - **Fischer for President!**



Foto: Heinrich-Böll-Stiftung / flickr / CC BY-SA 2.0 (Ausschnitt)

demokratische Reife unserer Zeit:

Am 11.9.2015 meldete die *Süddeutsche Zeitung*, nach 30 Jahren hätten Zollbeamte in Frankfurt am Main *Fischers* alte Polizeiakte in einem herrenlosen Koffer entdeckt. Die Akte galt seit 1985 als verschollen.

*BILD* berichtete, die Akte dokumentiere die Verstrickung *Fischers* in die linksradikale Szene. *Fischer* sei 1976 bei einer Demonstration

für die RAF-Terroristin *Ulrike Meinhof* festgenommen worden. Gegen *Fischer* sei wegen Landfriedensbruch, versuchten Mordes und Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt worden.

Anlässlich seiner Gastprofessur an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im Jahr 2010 würdigte ihn die Autorin *Hanne Schweitzer* in der *Neuen Rheinischen Zeitung* wie folgt:

»Der ehemalige Hauptschüler, Taxifahrer, Straßenrowdy, Abgeordnete, Parteichef, Außenminister und Vizekanzler *Josef Fischer*, derzeit in fünfter Ehe verheiratet, wird Gastprofessor an der *Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität*. [...]

*Umtrieb*ig übernahm *Fischer* 2006 eine Gastprofessur, in *Princeton, USA*. [...] Nach einem Jahr war er wieder hier, finito mit dem professore. In *Berlin* gründet *Fischer* deshalb eine Consultingfirma, wohnt in einer „efeuberankten Villa im Berliner Grunewald“ und verliert einen Prozeß vor dem *Bundesgerichtshof*. Auch wenn ihm das nicht paßt, darf

öffentlich weiter gefragt werden, wie *Fischer* den Kaufpreis (für die Villa) bezahlt hat. 2009 wird er Lobbyist für *BMW* und *Siemens*, *Fischer* arbeitet außerdem als wirtschaftspolitischer Berater für die *RWE* in *Essen* und *OMV* aus *Österreich*.«

Das *Nabucco-Pipeline-Projekt* von *RWE* und *OMV* sah den Bau einer Erdgas-Pipeline vor, die von der türkisch-bulgarischen Grenze bis nach *Österreich* führen sollte. Trotz oder wegen *Fischers* Beratung scheiterte dieses Vorhaben jedoch.

Weiterhin ist er noch immer eng verbandelt mit seiner Mentorin aus Außenministers Zeiten, *Madeleine Albright*, die wiederum die Beraterfirma *Albright Stonebridge Group* in den *USA* betreibt. Auf der Internetseite seiner *Joschka Fischer & Company GmbH* bewirbt *Fischer* sein Unternehmen: »*JF&C* unterhält eine exklusive Partnerschaft mit der *Albright Stonebridge Group* in *Washington D.C.* mit Büros unter anderem in *China*, *Indien* und *Brasilien*.«

Dazu kommt neben dem *JF&C*-Stammsitz *Berlin* eine eigene Repräsentanz in *Warschau*.

*Joschka Fischer* ist damit geradezu ein Sinnbild für den bundesdeutschen Höhenflug der politischen Elite und der Gesellschaft im freiheitlich-demokratischsten Sozialstaat der deutschen Geschichte!

Verwoben mit den linken Chaoten, dem Großkapital und den Mächtigen dieser Welt – einen besseren Repräsentanten unserer Zeit gibt es nicht!

**Fischer for President!**

Besuche uns auf Facebook:



facebook.com/  
UN.Nachrichten

**Bei den Bundestagsparteien in Berlin rauchen die Köpfe: Welcher Präsidentschaftskandidat paßt zu welchem Partei-gekungel im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl und wer bringt welche Namen ins Spiel? Wir hätten da einen Vorschlag!**

Wer könnte die Umwertung aller Werte besser zur Schau stellen und die Volksabschaffungs-Politik weltweit überzeugender repräsentieren als die grüngetünchte Galionsfigur mit RAF-Sympathie-Hintergrund, *Joseph Martin Fischer*?

Wer paßt besser zur politischen Kultur dieser Republik als einer, der sich vom Straßenkämpfer bis zum Außenminister hoch kämpfte? Der ist doch ein Sinnbild für die Aufstiegschancen in unserer bunten Gesellschaft, ein Vorbild für alle, die etwas werden wollen in dieser Republik, wie man Ziele erreicht und Profit macht!

Hier sein Werdegang – eine Erfolgsanleitung für die deutsche Jugend und ein Zeugnis für die

# Gesucht wird ein »Repräsentant«

**Wir hätten da noch weitere würdige Kandidaten! Ein Repräsentant ist nach Meyers Lexikon ein Vertreter, der repräsentativ, also stellvertretend nach Art und Typ die Gesellschaft darstellt, für die er auftritt.**

In diesem Licht hätten wir noch einige Vorschläge für die Bundespräsidentenwahl:

## **Klaus Wowereit for President?**

Er verdankte seine Karriere dem schlichten Satz »*Ich bin schwul, und das ist auch gut so*«. Dieses »Coming-out« brachte ihm das Amt des Regierenden Bürgermeisters der restdeutschen Hauptstadt ein. Amt und Fähigkeiten ließen ihn zum Aufsichtsratsvorsitzenden einer Gesellschaft werden, die einen Flughafen plant und baut, der nie fertig, aber immer teurer wird, aber immerhin Arbeitsplätze schafft.

**Das wäre doch auch ein »Repräsentant«!**

## **Dirk Niebel for President?**

Ein Vorbild-Mann, der zu allem fähig ist! Erst wollte er das Entwicklungshilfeministerium abschaffen, aber nachdem er es als Minister übernommen hatte, machte er es zu einem Reservat für altgediente Parteifreunde. Weil dann kein Platz für ihn selbst mehr da war, wechselte er zur *Rheinmetall AG* - ein Konzern, der vom Verkauf der Waffen lebt, mit denen das, was sein Ministerium in Krisenländern aufgebaut hatte, wieder zusammengeschnitten werden kann.

»*Er wird vom kommenden Jahr an die Mitglieder des Konzernvorstands von Rheinmetall in allen Fragen und Aufgaben der internationalen Strategieentwicklung und beim Ausbau der globalen Regierungsbeziehungen unterstützen*«, so die Konzernmitteilung vom 1.7.2014.

**Das wäre doch auch ein »Repräsentant«!**



Foto: Paul David Doherty / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0 (Ausschnitt)



Foto: politik.inzpic.com via Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0



## **Claudia Roth for President?**

Der Grüne *Jürgen Trittin*, in seiner Sturm- und Drangzeit aufgefallen bei Demos gegen die Bundeswehr, und nun »staatstragend«, hat eine weitere Kandidatin ins Spiel gebracht.

Nach *SPIEGEL*-Informationen hat er dem SPD-Vorsitzenden *Gabriel* vorgeschlagen, gemeinsam mit der Linkspartei seine Parteifreundin *Claudia Roth* ins Rennen um die Präsidentschaft zu schicken.

Richtig! Wer könnte unsere »bunte Republik« besser repräsentieren als Frau *Roth*, die wegen ihrer gewöhnungsbedürftigen Kleidung im Volksmund oft »bunter Paradiesvogel« genannt wird?

**Das wäre doch auch eine »Repräsentantin«!**

**Ist das nicht eine Auswahl wahrer, würdiger und beispielhafter Vorbilder für unsere heutige Gesellschaft, die zu höheren Ehren berufen sind?**

## **Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art 54:**

(1) Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. [...]

(2) Das Amt des Bundespräsidenten dauert fünf Jahre. Anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig.

(3) Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. [...]

**... ENTSCHEIDEN SIE SELBST!**

# Armenien-Resolution, nur Mittel zum Zweck

Liebe Türken,

wir können ja verstehen, daß ihr euch über die Anmaßung unser Parlamentarier wegen der Armenien-Resolution aufregt.

Ihr seid zwar jetzt wegen Völkermordes von »unseren« Volksvertretern verurteilt worden, aber ihr seid doch gar nicht gemeint, ihr seid doch nur Mittel zum Zweck.

Der eigentliche Grund, die Verfolgung der Armenier als Genozid zu brandmarken, ist viel simpler.

Wir Deutschen sind doch eigentlich das Ziel! Als ehemalige Verbündete des Osmanischen Reiches werden wir nach der Logik unserer Parlamentarier Wiedergutmachung an den Armeniern leisten.

Macht nichts – kommt auch nicht mehr drauf an!

Die Vertreter unseres Volkes sind aber schon beim nächsten Thema. Der angebliche Völkermord an den Hereros (Herero-Aufstände in Deutsch-Südwest-Afrika in der Zeit von 1904-1908) soll als

Resolution in den Bundestag eingebracht werden.

Damit dürfte aber sicher noch nicht Schluß sein. Unsere, der Wahrheit verpflichteten Historiker werden ganz sicher noch deutsche Matrosen auf den Schiffen der Spanier und Portugiesen ausmachen, die vor rund 500 Jahren Südamerika entvölkerten.

Bei der Indianerausrottung wurden vermutlich deutschstämmige Pferde eingesetzt und bei den Greueln der Engländer, Belgier und Franzosen in Afrika hatte bestimmt der ein oder andere Offizier ein Buch von Goethe oder Schiller im Gepäck.

Der Wiedergutmachungsmöglichkeiten sind, wie man sieht, keine Grenzen gesetzt.

Also, liebe Türken, wir verstehen zwar eure Aufregung, aber alles halb so schlimm! Ihr seid nur vor den Karren deutschfeindlicher Interessen gespannt worden.

## Hallo, geht's noch?

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat bereits auf ZEIT ONLINE vom 8.7.2015 die politischen Versäumnisse im Umgang mit den deutschen Kolonialverbrechen im früheren Deutsch-Südwestafrika bedauert. Er nennt die Niederschlagung des Herero-Aufstandes einen Völkermord. Im ZDF jammerte er darüber: Daß es dazu keine »unmißverständliche Erklärung auf deutscher Seite gibt, finde ich bedauerlich und im Kontext der jüngeren Auseinandersetzungen auch ein bißchen peinlich«. Lammert macht sich aber selbst Mut: Deutschland und Namibia würden die Ereignisse von 1904 längst gemeinsam aufarbeiten. »Ich habe die

begründete Zuversicht, daß wir hier in absehbarer Zeit zu einem Ergebnis kommen«, dazu werde dann auch »eine Erklärung des Bundestags zu den damaligen Ereignissen« gehören.

Im Klartext: eine Resolution, die Deutschland für den angeblichen Völkermord an den Hereros verurteilt.

Wie nicht anders zu erwarten, begrüßt Grünen-Chef Özdemir die Äußerungen von Bundestagspräsident Norbert Lammert. »Der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts wurde durch die Deutschen im heutigen Namibia an den Herero und Nama begangen [...] Es ist höchste Zeit, daß sich die Bundesrepublik ihrer historischen Verantwortung stellt

und das Verbrechen beim Namen nennt. Deswegen freue ich mich über die klare Haltung des Bundestagspräsidenten.«

Zedika Ngavirue, der Sonderbeauftragte Namibias für die Verhandlungen mit Deutschland, betonte im ZDF, sein Land erwarte, »daß der Völkermord erstens anerkannt wird und daß sich Deutschland zweitens dafür entschuldigt. Und dann wollen wir zum dritten, zum wichtigsten Punkt kommen: Der Frage der Reparationen.«

Die CDU-Abgeordnete Bettina Kudla stimmte als einzige gegen die Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages. Interessant ist ihre Erklärung:

»Der Antrag hatte sich verändert gegenüber dem von vor einem Jahr, der von CDU/CSU und SPD vorgelegt worden war. Es ist neu ergänzt worden um die Mitschuld der damaligen deutschen Reichsregierung. Ohne daß genauer beschrieben wurde, wie die deutsche Beteiligung ausgesehen hatte. Es wurde lapidar darauf verwiesen, daß Deutschland damals militärischer Hauptverbündeter war.«

Richtigerweise begründet sie ihr »Nein« auch mit der Gefahr auf Wiedergutmachungsforderungen der Armenier an Deutschland und der Belastung der Beziehungen zur Türkei. Außerdem bemängelt sie, daß der Antrag keine Angaben von Quellen, wie zum Beispiel von Historikern, enthält.

In ihrer Erklärung führt sie weiter aus: »Auch heute hat die Bundesregierung und auch der Deutsche Bundestag Kenntnis über Massaker zum Beispiel in Syrien. Trotz jahrelanger diplomatischer Bemühungen und der Unterstützung von militärischen Einsätzen ist es nicht gelungen, diese Massaker in Syrien zu verhindern.«

Dieser Vergleich ist gar nicht so abwegig und unser Verhalten kann uns mit der gleichen (Un-)Logik in einigen Jahren wirklich zum Vorwurf gemacht werden.

**SCHULD SIND IMMER DIE DEUTSCHEN!**



# Und es wird doch abgeschoben!

»Wir dürfen nicht mehr so zaghaft sein bei ertappten ausländischen Straftätern. Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: Raus und zwar schnell!«

Gerhard Schröder, SPD-Kanzlerkandidat, am 20.7.1997

## Wir müssen Abbitte leisten!

Bisher haben wir ja immer in Frage gestellt, ob in Deutschland abgelehnte Asylbewerber und Straftäter wirklich konsequent abgeschoben würden.

Ja, jetzt wissen wir es, sie werden abgeschoben, und so etwas von konsequent! Wie *BILD.de* am 3.6.2016 meldete, finden sehr wohl Abschiebungen statt!

**Am Donnerstag, den 2.6.2016, startete morgens vom Dresdner Flughafen eine Boeing 737 exklusiv mit 15 ausgewiesenen Flüchtlingen aus Bosnien, Mazedonien und Serbien.**

Eigentlich sollten weitere 16 abgelehnte Asylanten mitfliegen, da diese aber nicht angetroffen wurden, blieb es bei dieser kleinen Gruppe.

Da sich unter den jetzt Abgeschobenen auch Kranke und deren Familienangehörige befanden, sollte durch die geringe Größe der Gruppe die notwendige medizinische Betreuung sichergestellt werden.

Dafür waren Ärzte und Dolmetscher mit an Bord. Die 15 Ausgewiesenen wurden von etwa 50 Bundespolizisten in einer gesonderten Halle abgefertigt.

**Da soll noch mal einer behaupten, bei uns würde nicht konsequent abgeschoben! Sonst noch Fragen?**

Die Ärzte scheinen generell eine wichtige Rolle beim Thema Abschiebungen zu spielen. Nachdem Innenminister *Thomas de Maizière* ganz vorsichtig die Frage stellte, wie es sein könnte, daß 70 Prozent aller Männer un-



Foto: Laurent ERRERA / flickr, via Wikimedia Commons  
CC BY-SA 2.0 (Ausschnitt)

ter 40 Jahren für krank und nicht transportfähig erklärt würden, ging wieder einmal ein Sturm der Entrüstung auf ihn nieder.

Der Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää) kollabiert bald vor Empörung.

(Bisher wußten wir gar nicht, daß es so eine Vereinigung gibt. Wir werden uns in Zukunft nur noch von demokratischen Medizinern behandeln lassen!)

Der Vorsitzende schäumte über den Minister: »In seiner Beamtenmentalität zählen nur Zahlen, daß hinter jeder dieser Zahlen auch ein Mensch steht, ein menschliches Schicksal steht, ist dem Minister unbekannt.«

Bisher dachten wir immer, daß Mediziner nach medizinischen Kriterien verfahren. Menschlichkeit und Empathie scheinen bekanntlich bei »normalen Kasernenpatienten« nicht immer zum Standardprogramm deutscher Ärzte zu gehören.

Aber wie wir nun vermuten können, ist es wohl außerordentlich hilfreich, über ein gut funktionierendes Netzwerk aus »demokratischen Ärzten«, empörten Linken und sonstigen Gutmenschen zu verfügen.

Dementsprechend äußert sich das Bundesinnenministerium auch sehr zurückhaltend zu Abschiebezahlen. Es sei jetzt schon absehbar, daß es bis zum Jahresende mehrere Hunderttausend abgelehnte Asylbewerber geben werde, deren Abschiebung sich aber zum Teil als undurchführbar erweisen würde.

Der Rückführungsbeauftragte im Bundesinnenministerium, *Christian Klos*, bezweifelt, ob die im vergangenen Jahr durchgeführten 20.000 Abschiebungen in diesem Jahr erreicht werden.

Zwangsweise Rückführungen in Länder wie Afghanistan, Irak, Libyen oder auch in die so genannten Maghreb-Staaten seien äußerst schwierig.

**Wenn wir allerdings weiterhin für 15 Ausgewiesene jeweils ein Großflugzeug zur Verfügung stellen, brauchen wir halt nur etwas mehr Geduld, um alle wieder dahin zu bringen, wo sie herkamen.**

Allerdings befürchten wir, daß die Bevölkerung diese Geduld bald nicht mehr aufbringt und können nur hoffen, daß das Bundestags-Politikartell noch rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkennt, bevor es kracht!

# Das Trojanische Pferd Erdogans

## Unsere Warnungen waren berechtigt!



Was kaum einer weiß und von den Befürwortern des »Erdogan-Deals« tunlichst verschwiegen wird, veröffentlichte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erst kürzlich:

### **Türken stellen die größte Gruppe der Asylberechtigten!**

»Asylberechtigte« sind nach Artikel 16 Grundgesetz nur wirklich ganz persönlich politisch Verfolgte, also weder »Flüchtlinge«, noch alle anderen, die wegen

Krieg, Hunger, Krankheit, Armut oder Perspektivlosigkeit in ihren Heimatländern hier »Asyl« begehren.

Im Jahr 2015 wurden nach diesen Kriterien nur 0,7 Prozent aller Asylbewerber als solche anerkannt. Zum Stichtag 29.2.2016 waren das ganze 39.557 Personen – und davon 11.606 türkische Staatsbürger!

Fast 30 Prozent aller anerkannten Asylberechtigten waren also schon bisher Türken. Was wird uns drohen, wenn die Merkel-

Erdogansche Visafreiheit kommen sollte?

»Potentiell könnten 400.000 bis 500.000 türkische Flüchtlinge, vor allem Kurden, dann Asyl beantragen«, erklärte der Türkei-Experte Gareth Jenkins vom Institut für Sicherheits- und Entwicklungspolitik laut *Die Welt* vom 7.5.2016.

Wenn die EU der Visafreiheit zustimmt, dürfen künftig alle Kurden als türkische Staatsbürger mit ihrem Personalausweis frei in alle EU-Mitgliedsstaaten reisen. Sie können einfach als Touristen ins Flugzeug steigen und nach der Landung einen Antrag auf Asyl stellen, angesichts der zunehmenden Gewalt und Verfolgung in der Türkei mit guten Aussichten auf Anerkennung.

Selbst die kurdische Gemeinde in Deutschland kritisiert deshalb die geplante Visafreiheit als »ein weiteres unwürdiges Zugeständnis an das Erdogan-Regime«. Die Vertreibung der Kurden würde damit belohnt.

Eine tolle Menschenrechtlerin, unsere Frau *Merkel!*

## *Liebe Leser, ganz privat:*

### **Brexit – Der Anfang vom Ende.**

Die geballte Beeinflussungsmacht der berühmten »Finanzindustrie« der »City of London« hat es trotz ihrer Schreckens-Szenarien über die Folgen eines »Brexit« nicht geschafft, der Mehrheit der Briten Angst vor einem Austritt aus der EU einzujagen.

Die Mehrheit der Briten hat es abgelehnt, weiterhin von dem Bürokratiemonster des undemokratischen Zentralkomitees in Brüssel regiert zu werden.

»Wir wollen unser Land und unsere Selbstbestimmung zurück«. Dieser Volkswille wird bei vielen Völkern in den EU-Staaten immer stärker. Die nächsten Wahlen z.B. in Frankreich, Tschechien, Ungarn und Österreich werden das zeigen – hoffentlich auch in der BRD.

Angela Merkel, die jetzt mit sauerpöfischem Gesicht trauert, ist mit ihrem Diktat der offenen Gren-



**EU =  
Europas Unglück**

Unabhängige Nachrichten  
www.un-nachrichten.de

zen und der Immigrantenvelle nicht ganz unschuldig daran, daß die EU zerbröckelt.

Die von Phantasten erträumte Union, die mit ihren »Richtlinien« und Gesetzen alle Völker von Sizilien bis Finnland mit den unterschiedlichsten Traditionen, Lebensgewohnheiten und Mentalitäten zu einem Eintopf verschmelzen will, war für uns schon immer ein »Eurotopia«.

**JA** zu einem einigen Europa der Vaterländer – **NEIN** zu dieser EU!

*Ihre UN-Mitarbeiter*

# »Wolfskinder« – eine fast vergessene Tragödie

Am 2.6.2016, zu später Stunde, zeigte der Fernsehsender ARTE den Film »Wolfskinder«.

Er handelt von einer Gruppe deutscher Kinder, die im Sommer 1946 durch Ostpreußen irrten.

Dahinter versteckt sich eine der vielen Tragödien, die direkt nach dem Krieg, aber auch noch viele Jahre danach, das Leben so vieler Menschen prägten.

Nachdem die sowjetische Soldateska mordend, brandschatzend und vergewaltigend in den eroberten deutschen Ostgebieten wütete, versuchten verzweifelte Kinder, sich Richtung Westen in Sicherheit zu bringen. Zum Teil waren es Kriegswaisen, zum Teil hatten sie ihre Mütter und Verwandten auf der Flucht verloren.

Offizielle Zahlen sprechen von etwa 25.000 Kindern deutscher Herkunft, die auf ihrer Flucht durch Ostpreußen Unbeschreibliches erleben mußten, nur wenige Hunderte überlebten.

Die Dunkelziffer dürfte noch erheblich höher liegen.

Auf der Suche nach Essen und Unterkunft irrten diese Kinder oft monatelang durch das Baltikum. Die Sowjets hatten es der einheimischen Bevölkerung bei Strafe untersagt, den Kindern zu helfen. Erhielten sie doch Hilfe, mußten sie ihre Identität verleugnen, ihren deutschen Namen ablegen und z.B. Litauisch lernen.

Wer eine Familie fand, die sie aufnahm, konnte von Glück sprechen. Viele, vor allem die älteren, irrten oft wochenlang durch die Wälder und ernährten sich von Pflanzen und toten Tieren.

Wer überlebte, war für sein Leben gezeichnet.

Etliche konnten keine Schule abschließen und verbrachten und verbringen ein Leben in Armut und Not.

Die, die mehr »Glück« hatten, wurden ab 1947 von den Sowjets in die DDR abgeschoben und in

Kinderheime verbracht. Dort wurden viele von ihnen an linientreue kommunistische Familien zur Adoption freigegeben.

Die Nachforschungen von in den Westen geflüchteten Eltern nach ihren Kindern wurden systematisch unterbunden.

Diese »unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge« erwarteten, sofern sie überhaupt überlebten, keine Sozialarbeiter, Psychiater oder komfortable Unterkünfte.

Im Gegenteil, sie mußten in ihren jungen Jahren Armut, Elend und Einsamkeit alleine durchstehen.

Auch ihnen sind wir es schuldig, daß nachfolgende Generationen sich ihrer erinnern und sie nicht dem üblichen kollektiven Vergessen anheim fallen.

**Sie erhalten nur ein UN-Heft?  
Und was weiß Ihr Nachbar?  
Bitte bestellen Sie 2, 3, 5  
oder 10 Hefte monatlich!**

## SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ00000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt  
Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) \_\_\_\_\_

Name des Kreditinstituts \_\_\_\_\_

BIC (SWIFT) \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

- Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.  
 Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

## Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: \_\_\_\_\_ Euro

- einmalig       jährlich  
 halbjährlich       zweimonatlich  
 vierteljährlich       monatlich

ab (Datum): \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

**Offizielle Wirtschaftsdaten****Erwerbstätige:**März 2016: 43,162 Millionen <sup>1)</sup>April 2016: 43,364 Millionen <sup>1)</sup>**soz.-versich.-pfl. Beschäftigte:**Februar 2016: 31,048 Millionen <sup>1)</sup>März 2016: 31,209 Millionen <sup>1)</sup>**Offizielle Arbeitslosigkeit:**April 2016: 2.743.864 <sup>1)</sup>Mai 2016: 2.664.014 <sup>1)</sup>**Leistungsempfänger:**

ALG, ALG II und Sozialgeld

April 2016: 6.730.470 <sup>1)</sup>Mai 2016: 6.674.560 <sup>1)</sup>**Offene Stellen:**April 2016: 640.131 <sup>1)</sup>Mai 2016: 654.788 <sup>1)</sup>**Staatsverschuldung:**2.027.391.641.464 Euro <sup>2)</sup>**Schuldenzuwachs pro Sekunde:**115 Euro <sup>2)</sup>**Schulden pro Kopf:**07.06.2016: 24.886 Euro <sup>2)</sup>28.06.2016: 24.888 Euro <sup>2)</sup><sup>1)</sup> Bundesagentur für Arbeit, 28.6.2016<sup>2)</sup> Bund der Steuerzahler, 28.6.2016**Steinmeier irritiert die NATOnalen**

Foto: www.kremlin.ru / CC BY 4.0

Aufregung in der Regierungskoalition und Empörung bei den USA- und NATO-treuen Schreiberlingen wie z.B. *Richard Herzinger* in der Springer-Presse: *Steinmeier* »unterminiere die westliche Strategie«, und das sei »ungeheuerlich«, heißt es. Und selbst die grüne Europapolitikerin *Rebecca Harms* von der sogenannten Opposition ereiferte sich, das sei »ein unverantwortliches Signal«.

Anlässlich des NATO-Großmanövers namens »Anakonda 2016«

in Polen mit 31.000 Soldaten Mitte Juni hatte der Außenminister öffentlich davor gewarnt, »durch lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul die Lage weiter anzuheizen«.

Mit »symbolischen Panzerparaden an der Ostgrenze des Bündnisses« könne man nicht mehr Sicherheit schaffen und Vorwände für eine Konfrontation liefern.

Hat *Steinmeier* vielleicht die *Unabhängigen Nachrichten* gelesen?

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

**FÜR IHRE BESTELLUNG:**

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).

Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.

Ich bitte um Zusendung von \_\_\_\_\_ Ex. der UN-Ausgabe Nr. \_\_\_\_\_ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).

Einen Kostenbeitrag von \_\_\_\_\_ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - überweise ich auf nebenstehendes Konto.

Name/Anschrift: \_\_\_\_\_

Geb. am/Beruf: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

Ihre UN-Anschriftenummer, falls bekannt: \_\_\_\_\_

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie diese Nummer direkt über Ihrer Anschrift zwischen ## und #)

**ERSCHEINUNGSVERMERK**

UN - Unabhängige Nachrichten  
Postfach 101706  
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32

Telefax: 0208 - 84 87 057

E-Post: info@un-nachrichten.de

**Bankverbindung:**

FK UN e.V.

IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01

BIC: PBNKDEFF

**Internet:**

www.un-nachrichten.de

www.fb.com/UN.Nachrichten

**Impressum:**

**Herausgeber:** Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

**verantw. Schriftleiter:** Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen! Alle Texte dürfen, möglichst mit Quellenangabe, weiterverbreitet werden.

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

**Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.**

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen